

Fragen

für die Fragestunde der 239. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Mai 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Becker, Dirk (SPD)	7, 8	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	58, 59
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	32, 33
Bollmann, Gerd (SPD)	11, 12	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	54
Brase, Willi (SPD)	19, 20	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	52, 53
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	37, 38	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	39, 40
Gerdes, Michael (SPD)	27, 28	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Höger, Inge (DIE LINKE.)	55, 56	Röspel, René (SPD)	21, 22
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	46, 47	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	25, 26
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	17, 18
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	43, 44	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	23, 24
Kelber, Ulrich (SPD)	5, 6	Schwabe, Frank (SPD)	9, 10
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	29, 60
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 45	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 57
Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	1	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	48, 49
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Vogt, Ute (SPD)	15, 16
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	50, 51

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Dr. Bärbel
Kofler**
(SPD)

Wie will die Bundesregierung mit ihren politischen Zusagen im Bereich des internationalen Klima- und Umweltschutzes umgehen, wenn laut Bewirtschaftungsrundschreiben 2013 des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) für den internationalen Titel 687 01 des Energie- und Klimafonds (EKF) trotz Substitution durch die KfW Bankengruppe fast 100 Mio. Euro weniger zugewiesen werden, als im Wirtschaftsplan des EKF vorgesehen?
2. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Durch welche aktuellen Aktivitäten unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen der Initiative Welt Wald Klima – World Forest Foundation des Senat der Wirtschaft e. V., die Aufforstung und Restaurierung beschädigter Wälder – wie im Rahmen der Waldkonferenz Bonn Challenge am 2. September 2011 angekündigt – weltweit im großem Maßstab voranzubringen, u. a. um der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen, und welche Folgeaktivitäten bzw. Folgekonferenzen zur Bonn Challenge sind geplant?
3. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zu welchem Emissionsminderungsziel muss die Europäische Union nach Ansicht der Bundesregierung im Jahr 2030 konkret kommen, nachdem die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich ihrer Rede beim diesjährigen Petersberger Klimadialog angekündigt hat (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2013/05/2013-05-06-merkel-petersberger.html), dass Europa „dringend“ zu einem Emissionsziel für 2030 kommen muss, „weil die Wirtschaft planen, investieren und daher wissen muss, auf welche Rahmenbedingungen sie sich einzustellen hat“, und was tut die Bundesregierung konkret, um schnell zu einer Entscheidung in dieser Frage zu kommen?
4. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was bedeutet die Aussage der Bundeskanzlerin anlässlich ihrer Rede beim diesjährigen Petersberger Klimadialog (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2013/05/2013-05-06-merkel-petersberger.html), für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Emissionshandels eine „zusammenhängende“ Lösung anzustreben, konkret, und gibt es diesbezüglich schon Planungen innerhalb der Bundesregierung?

-
5. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung nach dem IV. Petersberger Klimadialog das nationale Ziel 40 Prozent CO₂-Einsparung bis 2020 nun verbindlich an die Europäische Kommission melden, und wenn nein, warum nicht?
6. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung noch vor der Bundestagswahl einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der sogenannten Strompreisbremse vorlegen, und wenn ja, wann?
7. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Welche Maßnahmen bezüglich der Umlageberechnung ergreift oder schlägt die Bundesregierung vor, um das von Bundesminister Peter Altmaier folgerichtig analysierte Problem der steigenden Differenzkosten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) infolge sinkender Börsenpreise zu lösen?
8. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung dagegen, dass von den sinkenden Strompreisen an der Börse aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien nur die Stromhändler und großen Abnehmer, aber nicht die Privathaushalte profitieren, die Privathaushalte aber die EEG-Umlage bezahlen müssen, während die Profiteure der Börsenpreisentwicklung von der Umlage befreit werden?
9. Abgeordneter
**Frank
Schwabe**
(SPD)
- Welche abgestimmte Meinung vertritt die Bundesregierung zum Vorschlag der Europäischen Kommission, Zertifikate aus dem Emissionshandel herauszunehmen (Backloading)?
10. Abgeordneter
**Frank
Schwabe**
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung bei der Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für die unkonventionelle Förderung von Erdgas (Fracking) den Sachverhalt der Horizontalbohrungen, somit Bohrungen, die von außerhalb eines Trinkwasserschutzgebietes unter ein Trinkwasserschutzgebiet geführt werden, regeln?
11. Abgeordneter
**Gerd
Bollmann**
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung die zunehmende Meeresverschmutzung, insbesondere durch Plastikmüll, wie vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter

Altmaier, anlässlich der Berliner „Internationalen Konferenz zur Verhinderung von Meeresmüll in europäischen Meeren“ angekündigt, konkret bekämpfen?

12. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung die leichte Austauschbarkeit von Batterien und Akkumulatoren für die Verbraucherinnen und Verbraucher garantieren?
13. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen der in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 15, Plenarprotokoll 17/236, Anlage 3 genannten Berichten, in denen es um finanzielle Aspekte im Zusammenhang mit Arbeiten am havarierten Atomkraftwerk Tschernobyl und dem dazugehörigen Brennelementelager geht, ist die Bundesregierung bereit, interessierten Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine vertrauliche Einsichtnahme über die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zu ermöglichen (ähnlich wie die Bundesregierung dies derzeit in Zusammenhang mit dem ICSID-Schiedsverfahren von Vattenfall AB gegen die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht), und falls die Bundesregierung bei keinem einzigen dieser Berichte hierzu bereit ist, wie lautet die Vertraulichkeitsvereinbarung der Geberversammlung, die einer solchen vertraulichen Einsichtnahme unter Geheimschutzbedingungen nach Ansicht der Bundesregierung entgegensteht, im exakten Wortlaut (bitte mit Angabe der konkreten schriftlichen Unterlage, die diese konkrete Regelung/Vereinbarung enthält)?
14. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung die Ukraine bezüglich des Atomkraftwerksvorhabens Khmelnytsky 3 und 4 um eine Notifizierung gemäß Artikel 3 des UN/ECE-Übereinkommens (2008/871/EG) über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Konvention) bitten, und wird sie die Türkei bezüglich des Atomkraftwerksvorhabens Akkuyu um eine freiwillige grenzüberschreitende Beteiligung der deutschen Bevölkerung an der derzeit noch laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung des Akkuyu-Vorhabens bitten (bitte bei beiden Frageteilen mit Begründung, falls nein)?

15. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD) Treffen Berichte in den Medien, so zum Beispiel in „die tageszeitung“ vom 30. März 2013 zu, wonach sich die Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad von 2019 auf mindestens 2021 verzögert, und welche Gründe sind hierfür verantwortlich?
16. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD) Welche Auswirkungen hat eine weitere Verzögerung der Inbetriebnahme auf den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke und die Lagerung des Atom­mülls in den Zwischenlagern, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um eine rechtzeitige Inbetriebnahme zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

17. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD) Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die „Innovationsförderung in den neuen Ländern“ (Einzelplan 30 Titel 685 10) aufgrund der Einsparzwänge im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzzusagen von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013?
18. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD) Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Förderung der „Produktions- und Dienstleistungsforschung, Arbeiten und Kompetenzentwicklung“ (Einzelplan 30 Titel 683 24) aufgrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzzusagen von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013 und angesichts der Tatsache, dass dieser Titel von 2012 zu 2013 bereits um 5,6 Mio. Euro gekürzt wurde?

19. Abgeordneter
**Willi
Brase**
(SPD)
- Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Förderung von Innovationen und Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung, mit der u. a. auch die Projekte Bildungsketten, Jobstarter und Perspektive Berufsabschluss gefördert werden (Einzelplan 30 Titel 685 20) aufgrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzzusagen von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013?
20. Abgeordneter
**Willi
Brase**
(SPD)
- Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Förderung der verbesserten Berufsorientierung (Einzelplan 30 Titel 685 21) aufgrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzzusagen von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013?
21. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Förderung der „Forschung an Fachhochschulen“ (Einzelplan 30 Titel 685 11) aufgrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzzusagen von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013?
22. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Um welches Forschungsvorhaben in Kooperation mit dem Bundesland Niedersachsen handelt es sich bei der Förderaktivität „Entsorgungsforschung“ (Titel „Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen“), und wie passen diese Pläne des BMBF zu der ergebnisoffenen Suche nach einem Atommüllendlager?
23. Abgeordneter
**Swen
Schulz**
(Spandau)
(SPD)
- Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Förderung des internationalen Studierenden- und Wissenschaftler austausches, etwa durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst e. V. und die Alexander von Humboldt-Stiftung (Einzel-

plan 30 Titel 681 01) aufgrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzausgaben in Milliardenhöhe von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013?

24. Abgeordneter
Swen Schulz
(**Spandau**)
(SPD)

Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Förderung der Stärkung der Leistungsfähigkeit im Bildungswesen, mit der u. a. auch die Projekte der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte, „Kultur macht Stark“, „Lernen vor Ort“ sowie zur Sprachförderung gefördert werden (Einzelplan 30 Titel 685 41) aufgrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzausgaben von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013?

25. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)

Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Förderung der „Softwaresysteme, Wissenstechnologien“ (Einzelplan 30 Titel 683 21) aufgrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzausgaben von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013 und angesichts der Tatsache, dass dieser Titel von 2012 zu 2013 bereits um 10 Mio. Euro gekürzt wurde?

26. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)

Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Förderung der Forschung zum Thema „Demographischer Wandel, Mensch-Technik-Interaktion“ (Einzelplan 30 Titel 683 22) aufgrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 vom 13. März 2013 sowie der zusätzlichen Finanzausgaben von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt vom 12. April 2013 und angesichts der Tatsache, dass dieser Titel von 2012 zu 2013 bereits um 4 Mio. Euro gekürzt wurde?

27. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Welche Spielräume sieht die Bundesregierung noch für die Verbesserung der Ausbildungsförderung in der Aufstiegsfortbildung sowie beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vor dem Hintergrund der Einsparzwänge im BMBF-Haushalt infolge des Eckwertebeschlusses des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2014 und Finanzplan bis 2017 (vom 13. März 2013) sowie der zusätzlichen Finanzzusagen von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka an die Länder für den Hochschulpakt (vom 12. April 2013) und in Anbetracht der Kürzungen in beiden Titeln im Bundeshaushalt von 2012 zu 2013?
28. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Wie viele Anrufe sind seit Beginn des Jahres 2013 bei der BMBF-Hotline „BAföG“ und wie viele Anrufe sind bei der Hotline „Meister-BAföG“ eingegangen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

29. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise wird die Bundesregierung – anlehnend an Aktivitäten und Erfahrungen zur Lutherdekade 2008 bis 2017 – den 200. Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 2018 und weitere Karl-Marx-Jubiläen im Jahr 2018 als kulturpolitisches, geschichtliches und touristisches Ereignis fördern und mitgestalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

30. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Effizienzziel hat die Bundesregierung der Europäischen Kommission zum Stichtag 30. April 2013 im Rahmen der EU-Energieeffizienzrichtlinie und im Rahmen des Nationalen Reformprogramms gemeldet (gemessen als Primärenergieeinsparung in Prozent gegenüber 2008 und in Mtoe – Millionen Tonnen Öleinheit), und in welchem Verhältnis steht dieses Effizienzziel zum Energiekonzept der Bundesregierung?

31. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch welches Verfahren (offenes und transparentes Ausschreibungsverfahren, einzelne nichtöffentliche Vertragsaushandlung etc.) werden die Betreiber von Erzeugungsanlagen (bitte nach Bestandsanlagen und neu zu errichtenden Anlagen aufschlüsseln) im Rahmen der Reservekraftwerksverordnung für die Bereitstellung von Leistung vergütet, und von welchen zusätzlichen Kosten pro Kilowattstunde ist dadurch für die Stromkunden auszugehen (bitte nach Industrie und Privatkunden aufschlüsseln)?
32. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Europäischen Kommission vorgesehene Erhebung von Sonderzöllen bei der Einfuhr von Solarpaneelen aus China?
33. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen für die deutsche und europäische Solarbranche erwartet die Bundesregierung durch die von der Europäischen Kommission vorgesehene Erhebung von Sonderzöllen bei der Einfuhr von Solarpaneelen aus China?
34. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Kriegswaffenexporte an das Emirat Katar auf Grund seiner inneren Verfasstheit und seiner geographischen Lage in einer Spannungsregion mit den geltenden Rüstungsexportrichtlinien unvereinbar sind, und wenn nein, wieso nicht?
35. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zwingenden sicherheitspolitischen Gründe im Sinne der Rüstungsexportrichtlinien rechtfertigen nach Ansicht der Bundesregierung die jüngsten Genehmigungen für Kriegswaffenexporte nach Indonesien?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

36. Abgeordneter
**Tom
Koenigs**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hält es die Bundesregierung mit dem deutschen Recht vereinbar, dass die eritreische Regierung das Einkommen von in Deutschland lebenden und wirtschaftenden eritreischen Staatsangehörigen mit 2 Prozent „Aufbausteuer“ besteuert, und inwieweit unterstützt die Bundesregierung eritreische

- Staatsangehörige, die sich weigern, die Steuer zu entrichten und deshalb ihren Pass von eritreischen Auslandsvertretungen entzogen bzw. nicht verlängert bekommen?
37. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie hat die Bundesregierung bislang auf die Berichte über israelische Luftangriffe in Syrien reagiert, über die sich der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon „sehr besorgt“ zeigte und in deren Folge er alle Staaten der Region aufforderte, gegenseitig ihre Souveränität und territoriale Integrität zu respektieren, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es sich hierbei um einen völkerrechtswidrigen Akt handeln würde, falls sich die Berichte über israelische Luftangriffe in Syrien bestätigen sollten?
38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der zuletzt von der International Crisis Group (Blurring the Borders: Syrian Spillover Risks for Turkey, Europe Report Nr. 225) getroffenen Feststellung, dass das angeblich von der syrischen Armee am 22. Juni 2012 über internationalen Gewässern abgeschossene türkische Aufklärungsflugzeug keine Spuren von Raketenbeschuss aufwies, und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus nach Auffassung der Bundesregierung auf die bei den auf Antrag der Türkei durchgeführten Konsultationen nach Artikel 4 des Nordatlantikvertrages festgestellte „Bedrohung der Unversehrtheit des türkischen Staatsgebiets“, die im Mandat des NATINADS-Einsatzes als Begründung für die Verlegung von Soldaten und Patriot-Luftabwehrbatterien der Bundeswehr in die Türkei angeben wird?
39. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welche unregulierten Grenz- und Minderheitenkonflikte in Südostasien, von denen Indonesien direkt oder indirekt betroffen ist, sind der Bundesregierung bekannt?
40. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welchen außen- und sicherheitspolitischen Zuzugewinn für Südostasien erwartet die Bundesregierung mit der genehmigten Lieferung von 100 Leopard-2-Kampfpanzern und 50 Schützenpanzern vom Typ Marder an Indonesien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

41. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass bei dem Einstellungsverfahren des Bundesministeriums des Innern aus dem Herbst 2012 für 24 Volljuristen im Bezug auf die Auswahl der zu Bewerbungsgesprächen eingeladenen und letztlich ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber von der durch das Bundesverwaltungsamt erstellten Liste abgewichen wurde (vgl. DIE WELT vom 7. Mai 2013, S. 5 – „Personalpolitik nach Parteibuch bei Friedrich“), und wie erklärt die Bundesregierung den dabei überproportional hohen Anteil von Kandidatinnen und Kandidaten, die politisch der CDU und CSU nahe stehen (durch Parteimitgliedschaft oder Stipendien der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.)?
42. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den belegten Fällen ungenehmigter und politisch brisanter Nebentätigkeiten von deutschen Beamten im Ausland, wie der Ausbildung libyscher Sicherheitskräfte 1979 bis 1983 und Anfang 2006 durch mehrere Bundeswehrsoldaten, GSG9-Beamte und ehemalige Verfassungsschützer (<http://das-blaetchen.de/2011/04/alles-privat-die-ausbildung-libyscher-sondereinheiten-durch-deutsche-spezialisten-4453.html>), nachdem sie am 6. Mai 2013 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 17/13394 eigene Erkenntnisse über beamtete deutsche Söldner (und dahingehende präzise Medienberichte v. a. vom 28. April 2013, etwa „FAZ“: „die Bundeswehr schaut nicht genau hin“) verneint hatte, und wird sie nun durch geeignete Maßnahmen Klarheit schaffen, etwa durch Einfordern dienstlicher Erklärungen der Bediensteten der Bundeswehr, von Zoll, Bundespolizei und Geheimdiensten, ob sie für private Sicherheitsunternehmen, etwa in ihren Urlauben oder anderen Abwesenheitszeiten, tätig sind oder waren?
43. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wann werden hinsichtlich des Vertrages zwischen dem Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern und der Firma ELAMAN GmbH vom März 2013 bezüglich des Kaufs von staatlich genutzter Hackersoftware jeweils Zahlungen fällig (bitte auch die Höhe im Einzelnen angeben, aufgeschlüsselt nach einmaliger Kaufsumme sowie Lizenzgebühren), und aus welchem Grund ist der Vertrag bereits geschlossen (bzw. fließen bereits Gelder), obschon die Überprüfung des Quellcodes der Software durch die Firma CSC Deutschland Solutions GmbH noch nicht abgeschlossen ist, nach Ansicht des Fragestel-

lers die Funktionsweise der Spionagesoftware also unbekannt ist und die rechtliche Vereinbarkeit ihrer Nutzung deshalb nicht zugesichert werden kann?

44. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Worin bestehen die Techniken bzw. sonstigen Kenntnisse zur „Terrorismusabwehr“, die in Lehrgängen vom Bundeskriminalamt sowie dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowohl vor der Revolution als auch nach dem Sturz des Präsidenten Ben Ali mit Polizeien und Geheimdiensten in Tunesien ausgetauscht wurden bzw. werden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 36, Anlage 23, Plenarprotokoll 17/230 und Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/13185), und welchen konkreten Inhalt haben die Workshops zu „Internetkriminalität im Terrorismus-Bereich“ bzw. „Open Source Internetauswertung im Bereich des internationalen Terrorismus“, die demnach vor dem Arabischen Frühling vom Bundesministerium des Innern in Tunesien, Ägypten, Algerien, Jordanien, Marokko und Saudi-Arabien durchgeführt wurden (bitte auch ggf. die Analysesoftware oder sonstige Überwachungstechnik angeben, sofern sie Gegenstand der Maßnahmen war)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

45. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Feststellung des UN-Antirassismus-Ausschusses der Vereinten Nationen vom 17. April 2013, dass die Bundesregierung die deutsche Bevölkerung nicht ausreichend vor den rassistischen Äußerungen von Thilo Sarrazin geschützt hat, und wird die Bundesregierung der Empfehlung des Deutschen Instituts für Menschenrechte e. V. nachkommen und eine umfassende Strategie gegen rassistische Diskriminierung in Deutschland erarbeiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

46. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche verfassungsrechtlichen und steuerverfahrensrechtlichen Konsequenzen resultieren aus dem Umstand, dass entgegen dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 der gleichheitswidrige Ausschluss von der Grunderwerbsteuerbefreiung für Steuerpflichtige bis 2010, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, nicht bis zum 31. Dezember 2012 vom Gesetzgeber beseitigt worden ist?
47. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, dass mittels eines Disagio-Modells über die Einschaltung einer ausländischen Stiftung massive Steuerausfälle in der Vergangenheit eingetreten sind (vgl. Finanzgericht Baden-Württemberg vom 30. März 2011, 4 K 1723/09), und inwieweit plant die Bundesregierung hier Gegenmaßnahmen einzuleiten?
48. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Über welche konkreten Zahlen verfügt die Bundesregierung darüber, wie viele Steuerpflichtige über den Abgleich im Rentenbezugsmitteilungsverfahren zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, dieser Verpflichtung in der Vergangenheit aber nicht nachgekommen sind, und wie viele Personen mit Einkünften aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind nach Schätzungen der Bundesregierung derzeit zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet gegenüber der Gesamtzahl der Rentenbeziehenden bzw. -bezieher?
49. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode noch, um mit anderen Staaten einen automatischen Informationsaustausch in Anlehnung an das FACTA-Abkommen (FACTA = Fair and Accurate Credits Transactions Act) abzuschließen, und inwieweit unterscheidet sich die Definition von Zinsen gemäß der geltenden EU-Zinsrichtlinie im Vergleich zu der Definition nach nationalem Recht gemäß § 20 des Einkommensteuergesetzes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

50. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie ist die Erstattung von Umgangskosten mit getrennt vom Elternteil lebenden Kindern jeweils im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und im SGB XII sachlich und verfahrensmäßig geregelt (Fahrt- und Übernachtungskosten für Elternteil und Kind sowie Bedarfskosten der Kinder während der Umgangszeit), und welche sachliche Rechtfertigung gibt es ggf. für eine unterschiedliche Behandlung im SGB II gegenüber dem SGB XII?
51. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Daten bzw. Schätzungen gibt es zur Zahl der Erstattungen von Umgangskosten mit getrennt vom Elternteil lebenden Kindern, und welche Probleme sind der Bundesregierung aus der Praxis bekannt, die es im Zusammenhang mit der Erstattung von Umgangskosten mit getrennt vom Elternteil lebenden Kindern gibt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

52. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Setzt sich das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vor dem Hintergrund jüngster Aussagen von Bundesministerin Ilse Aigner, sie lehne „Agrarrohstoffe als reine Finanzanlageprodukte“ ab und „Zocker müssten die Finger von Nahrungsmitteln lassen“ (DER TAGESSPIEGEL, Interview Bundesministerin Ilse Aigner, 6. Mai 2013), inzwischen für ein Verbot von Rohstoff-Indexfonds an Agrarterm Börsen, die als reine Finanzanlageprodukte die Preissteigerung von Nahrungsmitteln verstärken, ein, und wenn nein, warum nicht?
53. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund jüngster Aussagen von Bundesministerin Ilse Aigner (DER TAGESSPIEGEL, 6. Mai 2013), die Einhaltung der freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern zukünftig zur Bedingung für die bilaterale Zusammenarbeit zu machen, und wird sich die Bundesregierung dementsprechend verstärkt für die Einfüh-

zung eines Unternehmensstrafrechts einsetzen, um deutsche bzw. europäische Unternehmen und Investoren zur Einhaltung der Leitlinien zu bewegen?

54. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen zur europäischen Waldkonvention für die UNECE oder die UNEP aufgrund ihrer ausgewiesenen Expertise für Biodiversität, Klima-, Wasser- und Bodenschutz als federführende UN-Organisation für diese Konvention einsetzen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

55. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Prüft das Bundesministerium der Verteidigung eine zivile Verwertung der BO 105 im Inland, z. B. Umrüstung zu Rettungs- oder Löschhubschraubern, oder wird allein eine Abgabe der Hubschrauber an Pakistan verfolgt?
56. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen haben ehemalige oder noch aktive Bundeswehrsoldaten Weiterbildungen im Sicherheitssektor mit Finanzierung oder Unterstützung durch den BFD (Bundesfreiwilligendienst) wahrgenommen (bitte für die vergangenen fünf Jahre nach Art der Ausbildung aufschlüsseln)?
57. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung zu Art (Kommandounternehmen „capture or kill“), Ziel (ein Taliban-Kämpfer) und Erfolg (Tötung oder Gefangennahme) des Einsatzes der KSK-Einheit (KSK = Kommando Spezialkräfte) der Bundeswehr zur Unterstützung afghanischer Sicherheitskräfte in Baghlan, Afghanistan Ende vergangener Woche, bei der ein deutscher KSK-Soldat getötet und einer verletzt wurde, und hält die Bundesregierung die Fortsetzung von Offensivoperationen zur Beseitigung noch möglichst vieler tatsächlicher oder vermeintlicher Taliban-Kämpfer bis zum Abzugstermin Ende 2014 mit immer neuen Opfern an Menschenleben auf beiden Seiten für richtig und geeignet, um eine friedliche Entwicklung in Afghanistan vorzubereiten und zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

58. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Warum hält die Bundesregierung an der Quote für psychotherapeutisch tätige Ärzte fest, auch wenn die für Ärzte reservierten Stellen nicht durch psychotherapeutisch tätige Ärzte besetzt werden können, und was hält die Bundesregierung von einer Regelung, nach der nicht besetzte Praxen für psychotherapeutisch tätige Ärzte durch Psychotherapeuten besetzt werden können?
59. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Warum hält die Bundesregierung an der Quote für psychotherapeutisch tätige Ärzte fest, auch wenn dies nach Aussagen der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer zur Unterversorgung in der Psychotherapie, insbesondere in Ostdeutschland, führen kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

60. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Veränderungen soll die derzeit in Überarbeitung befindliche Fluggastrechteverordnung (EG) Nr. 261/2004 für Flugreisende bewirken, und wie bewertet die Bundesregierung die geplanten Änderungen unter besonderer Berücksichtigung von Reisenden mit Mobilitätseinschränkungen?
61. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die konkreten Aufgaben der Deutsche Bahn Finance B. V., und aus welchem Grund ist sie nach Kenntnis der Bundesregierung in den Niederlanden angesiedelt?
62. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist nach aktuellem Stand der Zeitplan für die nächsten Schritte zur Erstellung des Bundesverkehrswegeplans 2013, und welche Anmeldungen für Straßenprojekte aus den Ländern liegen nach neuestem Stand vor?

